

**Christopher Vogt, MdL**  
Vorsitzender

**Anita Klahn, MdL**  
Stellvertretende Vorsitzende

**Oliver Kumbartzky, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 283/ 2018  
Kiel, Mittwoch, 22. August 2018

Wohnungsbau/Maklerprovision

## Christopher Vogt: Das Land sollte beim Erwerb von Wohneigentum bei sich selbst anfangen

Zum Vorschlag der SPD-Fraktion zur Senkung der Provisionen für Immobilienmakler erklärt der Fraktionsvorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Christopher Vogt:

„Wir freuen uns sehr, dass nun auch die SPD die große Bedeutung von Wohneigentum erkannt hat und beim Erwerb für Entlastung sorgen will. Angesichts der vielerorts stark gestiegenen Preise sind die hohen Kaufnebenkosten in der Tat ein ernstes Problem für viele Kaufinteressenten. Der Vorschlag der SPD zur drastischen Reduzierung der Maklerprovisionen schießt jedoch über das Ziel hinaus und ist auch ziemlich scheinheilig. Die SPD versucht offenbar verzweifelt von der eigenen Verantwortung abzulenken, weil sie die Grunderwerbsteuer auf den bundesweiten Spitzenwert von 6,5 Prozent angehoben hatte. Eine Übertragung der Gebührenordnung für Notare auf die Makler würde deren Mehraufwand nicht richtig abdecken. Ein solcher Schritt wäre existenzgefährdend für die vielen kleinen Makler im Land, so dass man den Branchengroßen das Feld überlassen würde. Das kann aber nicht das Ziel sein.“

Um das Angebot in den nachgefragten Gebieten zu erhöhen und die Preise zu stabilisieren, muss sehr zügig deutlich mehr gebaut werden. Das Innenministerium wird zeitnah ein geeignetes Maßnahmenpaket vorlegen, mit dem die Planungs- und Genehmigungsprozesse beschleunigt werden und die Kommunen mehr Freiräume für die Ausweisung von Wohngebieten bekommen. Zudem sollte der Staat bei der Verringerung der Kaufnebenkosten bei sich selbst anfangen. Eine gezielte Unterstützung für junge Familien schafft man am einfachsten durch eine Entlastung bei der Grunderwerbsteuer. Die FDP-Fraktion setzt sich deshalb für einen Freibetrag beim Ersterwerb von selbstgenutztem Wohneigentum ein. Dafür sind wir allerdings auf eine Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes auf Bundesebene angewiesen. Anstatt von der eigenen Verantwortung abzulenken, sollten die Sozialdemokraten besser ihren Einfluss auf die Bundesregierung geltend machen, damit wir jungen Familien schnell helfen können. Das bürokratische Baukindergeld der Bundesregierung wird dagegen seine versprochene Wirkung ganz sicher verfehlen.“